

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 6.—, Erhalten inkl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 164.

Dresden, Dienstag den 20. Juli 1909.

20. Jahrg.

Das sozialpolitische Ergebnis des Bülow-Blocks.

Fast zweieinhalb Jahre hat der konservativ-liberale Block geherrscht, eine halbe Legislaturperiode; der Reichstag ist während dieser ganzen Zeit nie geschlossen, sondern immer nur vertagt worden, so daß eine lange ununterbrochene Zeit zur Erledigung der Gesetzesvorlagen gegeben war, und eine ganze Anzahl schwerwiegender Gesetze ist ja auch erledigt worden. Aber es ist bezeichnend für den Geist, aus dem heraus dieser Block zustande gekommen war, daß ihm nicht ein einziges sozialpolitisches Gesetz entsprungen ist, das eine Verbesserung des Arbeiterschutzes oder der Arbeiterfürsorge bedeutet. Die neue Ära des Bülow-Blocks wurde ja auch damit eingeleitet, daß Posadowsky, der Minister der Sozialpolitik, seine Entlassung erhielt, die nichts anderes bedeutete, als auch gar nicht anders aufgefaßt wurde, als daß mit der früheren sozialpolitischen Richtung, die wenigstens immer einige kleine Verbesserungen brachte, ein Ende gemacht werden sollte. Die Entlassung Posadowskys und die Rahmlegung der Sozialpolitik war der erste und einzige Erfolg, den die liberalen Vertreter der Großindustriellen durch die Blockpolitik erzielten.

Der Blockreichtag hat drei Gesetze verabschiedet, die einen sozialpolitischen Charakter haben. Zwei davon sind ausgesprochene „Mittelhandstaus-Gesetze“: das Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen und das Gesetz zur Befähigung des unläutereren Wettbewerbes. Beide Gesetze haben keine wesentliche Bedeutung, auch nicht für die Arbeiter, zu deren Schutz sie geschaffen wurden. Das erstere garantiert zwar einen höheren Schutz bei Bauforderungen, aber es wird auch zur Verdrängung der kleinen Handwerksmeister im Baugewerbe beitragen, weil nun die großen Bau-Geschäfte auch die Arbeiten der Spekulationsbauten übernehmen werden, die sie früher wegen der Unsicherheit der Beschaffung der Grundstücke überließen. Das Gesetz zur Befähigung des unläutereren Wettbewerbes wird einige große Auswüchse des Ausverkaufswesens beseitigen, im übrigen aber den „Ausverkauf“ nur wieder anders gestalten — und alles bleibt beim alten. Jedenfalls aber haben diese beiden Gesetze keine Bedeutung für die Arbeiter, haben mit diesen gar nichts zu tun.

Nur das dritte beschlossene Gesetz beschäftigt sich mit dem Arbeiterschutz, indem es die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in den Fabriken neu regelt. Aber dieses Gesetz, das nur einen Teil von der Novelle zur Gewerbeordnungs-Novelle bildet und getrennt verhandelt wurde, weil es erledigt werden mußte, bildet nichts anderes als eine formelle Erledigung eines internationalen Abkommens und ist außerdem ganz unangeordneter Natur. Die Berner Konvention vom 28. September 1907 verbietet die gewerbliche Nachtarbeit für alle Arbeiterinnen in gewerblichen Betrieben, in denen mehr als zehn Arbeiter beschäftigt werden. Die Nachtarbeit soll elf Stunden betragen. In dieser soll der Zeitraum zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens eingeschlossen sein. Für gewisse Fälle sind indes Ausnahmen vorgesehen. Die Gewerbeordnungs-Novelle bezweckte nun im wesentlichen nichts anderes, als unsere Gewerbeordnung mit diesen internationalen Vereinbarungen in Übereinstimmung zu bringen und ferner für dieselben Betriebe, in denen die elfstündige Ruhezeit einzuführen ist, als Höchstarbeitszeit zehn Stunden für Arbeiterinnen festzusetzen.

Der Reichstag nahm das Gesetz am 9. Dezember 1908 in dritter Lesung an. Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes betreffen, daß Arbeiterinnen nicht in der Nachtzeit von 8 (bisher: 8 1/2) Uhr abends bis 6 (bisher: 5 1/2) Uhr morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach 5 (bisher: 5 1/2) Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen darf die Dauer von 10 (bisher: 11) Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 8 (bisher: 10) Stunden nicht überschreiten. Am 1. Januar 1910 treten diese Bestimmungen in Kraft.

Wie man sieht, ist der Fortschritt ein ganz geringer. Das Gesetz führt zum Teil nur in Deutschland ein, was für die massigen Arbeiter schon mit dem 1. Mai 1848, also vor mehr als 60 Jahren, Gesetzeskraft erhielt. Trotzdem ist dieses Gesetz kein Werk der Blockpolitik, denn die Unternehmer liefen Sturm gegen diese kleinen Verbesserungen, und die National-Liberalen machten sich zum Wortführer der Unternehmer, die den Untergang der Industrie prophezeiten. Wäre es auf die National-Liberalen angekommen, dann wäre dieses einzige Gesetz, das den Arbeiterschutz um ein geringes verbessert, gescheitert. Nebenbei hat nicht der Bülow-Block dieses Gesetz geschaffen. Und somit hat die konservativ-liberale Blockpolitik nicht ein einziges sozialpolitisches Gesetz für die Arbeiter erreicht!

Die sozialpolitischen Gesetze aber, die dem Geiste des konservativ-liberalen Blocks entsprachen, sind gänzlich erloschen. Die Blockpolitik hat die Arbeiterinnen nicht nur von der Verbesserung der Gewerbeordnung, sondern auch von der Beseitigung der Krankenkassen beseitigen wollte, und das Arbeits-Tammergeßes. Die Reichsversicherungsordnung war dem Reichstage noch nicht ausgegangen, aber sie stand in ihren

Grundzügen bereits fest. Und es war zu befürchten, daß sie vom Reichstage noch schlechter gestaltet werden würde als die Regierung in dem Entwurfe vorschlug, den sie der Öffentlichkeit unterbreitete. Denn die Beseitigung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen war eine Forderung, die besonders von den Liberalen erhoben wurde; es sei nur an die Reden des Herrn Mugdan erinnert! Was aber das Arbeits-Tammergeßes betrifft, so sieht fest, daß dieses überhaupt nur mit Hilfe des Zentrums eine Aussicht auf Annahme hatte, weil die Großindustriellen jedes Arbeits-Tammergeßes verwerfen und die National-Liberalen dieser Stimmung gefolgt wären.

Es bleibt nun nur noch der Rest der Gewerbeordnungs-Novelle, die Bestimmungen über den weiteren Schutz der Heimarbeiter vorah. Aber nachdem selbst die Freisinnigen durch ihren Redner Günther (Planen) diesen Schutz der Heimarbeiter abgelehnt hatten, war nicht darauf zu rechnen, daß er als ein Werk des konservativ-liberalen Blocks Gesetzeskraft erlangen würde. Und somit sind auch die unerledigt gebliebenen Gesetze nur Beweise dafür, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik der Bülow-Block unfruchtbar und reaktionär war.

Die Arbeiter haben deshalb auch von diesem Standpunkte aus keine Ursache, dem verkrachten Block eine Kränze nachzujumen. Der konservativ-liberale Block war nichts anderes als eine Verbindung des industriellen und agrarischen Ausbeutertums. An den Sozialgesetzen ist deshalb dieser Block auch so wenig interessiert wie an dem Vereinsgesetz oder an den indirekten Steuern, die die Masse des ärmeren Volkes belasten. Erst die Verteilung der Vermögenssteuern, die die industriellen Kapitalisten mehr belasten als die agrarischen Kapitalisten, führte zum Bruch. In der Sozialpolitik war sich der Block so ziemlich einig — in der Ablehnung jedes wesentlichen Fortschritts! Der Bülow-Block hat wohl dem Reiche ein Defizit von 500 Millionen gebracht und dadurch verursacht, daß dem Volke schiefelweise genommen wird, aber er hat nichts getan, daß ihm auch nur schiefelweise gegeben werde! Nicht einmal das beim Posttarif den Arbeitern zur Verfügung gegebene Versprechen einer Witwen- und Waisen-versicherung hat er einzulösen vermocht. Er hat aber, gewissermaßen als eine Erbschaft seines Geistes, den Entwurf der Reichsversicherungsordnung hinterlassen sowie auch den des Arbeits-Tammergeßes, und es wird nun die Aufgabe der Arbeiter sein müssen, alles aufzuwenden, daß diese Erbschaft mit dem toten Bülow-Block begraben werde.

Was wir von dem neuen Block und dem neuen Staatssekretär des Reichsamt des Innern, dem Freunde der Herren vom Verbands der Großindustriellen, Herrn Delbrück, halten, haben wir bereits gesagt. Aber weniger kann auch die neue Mehrheit nicht für die Arbeiter tun, als die bisherige getan hat, denn diese hat nichts getan. Eine Besserung ist eben auch erst wieder zu erwarten, wenn eine Reichstagswahl eine wesentliche Verstärkung der sozialdemokratischen Vertretung bringt, was das nächstmal sicher nicht ausbleiben wird, nachdem der große Schaden so klar zutage liegt, den die letzte Wahl gebracht!

Auf zwei von dem Reichstagsabgeordneten Wassermann im Namen der national-liberalen Partei und der Reichstagsfraktion an den Fürsten v. Bülow gerichtete Abschiedstelegramme erwiderte dieser:

„Euer Hochwohlgeboren danke ich aufrichtig für die freundlichen Worte, die Sie namens der national-liberalen Partei und Reichstagsfraktion an mich gerichtet haben. Ohne die treue und verständnisvolle Unterstützung der National-Liberalen wären meiner inneren Politik die Erfolge nicht beschieden gewesen, deren ich mich rührend erfreuen darf. Dazu verne ich vor allem auch heute noch die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit der konservativen und liberalen Fraktionen, die in großen nationalen Fragen für unser politisches Leben immer wieder notwendig werden wird, mögen auch zeitweilige Gegensätze sie verhindern. Ich wünsche der national-liberalen Partei eine Zukunft, die ihnen in der Vergangenheit erworbenen großen Verdiensten um die Befreiung des nationalen Gedankens in deutschen Völkern und um den Ausbau unserer politischen Einheit entspricht.“ Fürst von Bülow.

Antworttelegramme des gerühnten Reichstagsabgeordneten Wassermann sollte man mit milder Schonung behandeln. Was für Erfolge Bülow meint, deren er sich rühmend erfreut, bleibt ein Geheimnis des erledigten Mannes, der dem mit Spektakel aus den Fugen gegangenen Block so unbedingte nachtrauert und in seinem schmerzbelegten Englander-Brief immer noch den nützlichen Gedanken zu legen scheint, nur zeitweilige Gegensätze hätten die Blockleiterung zum Scheitern verurteilt. Bernhard Bülow scheint also auf fröhliche Aufstiegsparade zu rechnen.

Die Politik der Parteien in Frankreich vor den Wahlen.

Von unserem Korrespondenten.

Ch. R. Paris, den 18. Juli.

Die eigenartige Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung, genauer der radikalen Partei, am gestrigen der französischen bürgerlichen Demokratie, die fast einen ganzen Monat in Anspruch nahm, endigte am letzten Freitag, wie alle Welt

vorausah, mit einem Vertrauensvotum. Clemenceau triumphierte, ohne selbst davon besonders überrascht zu sein.

Die Regierung siegte. Aber die radikale Partei ist trotzdem unruhig. Sie ist ihres Sieges vor dem Gerichte der Wähler keineswegs sicher. Und im Grunde handelte es sich hier vor allem um die bevorstehenden Wahlen. Die großen Reden der parlamentarischen Führer waren ihrem Inhalte und Zwecke nach nichts anderes als Wahlmanöver, Aufreißer an die Wähler.

Clemenceau hat dies klar ausgesprochen. Auch seine große Rede war darauf berechnet. Er hat sich zur „Wahlkompete“ der radikalen Partei hergegeben. Er entwickelte und gruppierte sämtliche Argumente, die die regierende Partei gegen unsere Partei bei den Wahlen ins Treffen führen wird. Was konnte er aber Positives bringen? Keine einzige bedeutende Reform ist durchgeführt. Alle, die gegenwärtig oder nächstens im Senat verhandelt werden, sind entweder zu endgültigem Scheitern bestimmt oder sie werden derart „verbessert“, daß niemand Freude an ihnen haben wird.

Der Ministerpräsident zog, durch die Not und durch die Eigenart seines Talents gezwungen, den Angriff vor. Er interpellierte Jaurès und die geringste Partei. Dresden und Amsterdam sind nach Clemenceau an allem Unheil der französischen Politik schuld. Jaurès habe sich Rebel und Jules Guesde gefügt, seine Blockpolitik verleugnet. Clemenceau, der von der Entwicklung des Sozialismus keine blasse Ahnung hat, stellte die Sache ganz falsch dar. Genosse Jaurès hat ihm gezeigt, daß er in seiner eigenen Fraktion auf Widerstand stieß, da es jedem Sozialisten klar wurde, daß die sozialistische Partei nicht an der bürgerlichen Regierung teilnehmen könne, ohne ihr Programm und die Interessen der Arbeiterklasse aufs schwerste zu gefährden.

Clemenceau erklärte sich zur Mitarbeit mit den Sozialisten bereit. Er werde aber eine Vorherrschaft der Sozialisten nicht zulassen. Damit wollte er andeuten, daß in der Periode Combes' der Sozialismus vorherrschend war, was durchaus unrichtig ist. Die Mehrheit unserer Fraktion in der Kammer war damals durch ihre Stellung im Regierungsbund oft gezwungen, zu Dingen Ja zu sagen, die unserer Auffassung gerade ins Gesicht schlugen.

Clemenceau war vor allem besorgt, die Verantwortlichkeit seiner stürken und brutalen Politik auf die sozialistische Partei und auf den Genossen Jaurès abzuwälzen. Dies gelang ihm nicht. Genosse Willm führte den Beweis, daß seine konservative Politik, die er unter Verleugnung seiner ganzen Vergangenheit betrieb, daran schuld sei, daß ihm das Zentrum und allzuoft sogar die Rechte unterliefen konnte und durfte. Hätte Clemenceau wirklich eine großzügige Reformpolitik befolgen wollen, hätte er vor allem die Wahlreform durchgeführt.

Das gegenwärtige Wahlrechtssystem begünstigt die lokalen Sonderinteressen. Der Deputierte betrachtet sich als verpflichtet, seinen einflussreichen Wählern zu Stellen und Ordenszeichen zu verhelfen. Er liefert sich der Regierung aus, verkert jede Unabhängigkeit. Die allgemeinen Interessen werden vernachlässigt. Die Folge ist Korruption und wachsende Unbeliebtheit des Parlaments.

Jaurès hat in seiner Antwort an Clemenceau den Mangel jedes positiven Inhalts in den Auseinandersetzungen des Ministerpräsidenten nachgewiesen. Er hat die Frage der geregelten Postbeamten ausgedrückt und lehnte die Regierung damit in größte Verlegenheit, da sie in dieser Frage zwischen ihrer konservativen Natur und der Furcht vor den Wählern schwankt.

Bemerkenswert ist die Haltung der radikalen Partei und ihrer Führer während dieser Interpellation. Die radikale „Partei“ hat keine feste Organisation. Der beste Beweis dafür ist, daß die offizielle Vertretung dieser Partei sich ganz entschieden gegen die Regierung, die doch von dem und durch den Radikalismus lebt, ausgesprochen hat. Die Partei wird von dem Teil des Radikalismus geleitet, der sich um Pelletan, Chey, Quignon, einen französischen Parth, gruppiert und den Schwerpunkt der Politik nicht in Repressionen, sondern in der Reformarbeit sieht. Dieser Widerspruch zwischen den reformistischen und konservativen Radikalen hat sich auch während der letzten Debatte geltend gemacht. Quignon kritisierte die Regierungspolitik mit Schärfe. Dagegen sprach ihr Laferrre, der Führer des konservativen Flügels, sein volles Vertrauen aus. Wer Reformen will, müsse vor allem die „Ordnung“ aufrecht erhalten. So kommt es auch, daß Clemenceau mehr Schupmann als Reformier ist.

Auch in der sozialistischen Partei lassen sich zwei Tendenzen unterscheiden. Genosse Jaurès will zwar keine Blockpolitik mehr, bedauert aber diese Unmöglichkeit und unterscheidet zwischen den „guten“ und „schlechten“ Radikalen. Jules Guesde bekämpft den Radikalismus, der auf dem Boden der herrschenden kapitalistischen Ordnung ruht, unterschiedlos. Die Blockpolitik ist eine historische Unmöglichkeit, die aus der Klassenkomposition folgt. Nachdem der ehemalige Staatsminister Sarraute einen meiner Artikel gegen den Herdismus im Le Sozialisme angeführt hatte und an Jules Guesde die Frage stellte, ob er noch wie vorher, den Ausschluß Herdes verlange, antwortete Jules Guesde: „Wir verlangen von Ihnen eins: bekämpfen Sie uns, wie wir Sie bekämpfen.“ Diese Erklärung hat großen Eindruck gemacht. Jedes Zusammengehen der Radikalen mit den Sozialisten bei den Wahlen wird jetzt als ausgeschlossen betrachtet.

J. Guesde konnte keine Erklärung keineswegs so auffassen, daß wir beim zweiten Wahlgang die Reaktion begünstigen. Er geschieht es bei den Radikalen. Uebrigens hat die Regierung ein sicheres Mittel gegen die Begünstigung der Reaktion: proportionale Wahlen, die Wahlreform. Clemenceau verwarf sie in seiner Rede, mußte aber unter dem Druck der Kammermehrheit insofern nach-